Von Annäherung keine Spur

Gemeinderat Wutha-Farnroda weiter in Streitlaune – B19/B88-Debatte entzweit auch die Bürgerschaft

■ Von Peter Rossbach

Wutha-Farnroda. „Wir sind doch keine Selbsterfahrungsgruppe, sondern im Gemeinderat, wo auch mal zugespitzt werden darf", sagte Wutha-Farnrodas Bürgermeister Torsten Gieß (parteilos) und tat dies auch. Er trug dadurch seinen Teil dazu bei, dass das Klima im Rat weiter angespannt bleibt.

Die Chance durch ein gegenseitiges Aufeinanderzugehen auch die Wogen außerhalb des Rates vielleicht etwas zu glätten, war vertan. Denn im Zuschauerraum tobte schon bald wieder der sehr emotional geführte Streit der Befürworter und Gegner der Verlegung B19/Umfahrung B88.

Die Zusammenkunft war nach der turbulenten vorhergehenden Sitzung von mehreren Ratsmitgliedern beantragt worden, um einmal über die „Sitzungskultur" zu reden. Da war Gieß schon heftig im Fokus der Kritik, weil er die Vorsitzende des Rates Sylvia Grasreiner öffentlich ob ihrer Sitzungsleitung gerügt hatte. Diese nahm denn auch die Chance wahr, zu antworten. Sie habe mit mehreren anderen Ratsmitgliedern gesprochen, und keiner habe sich wie Gieß beklage, „in seiner Entscheidungsfreiheit eingeengt oder bedroht gefühlt". Sie, so Grasreiner, wünsche sich deshalb, dass der Bürgermeister statt öffentlich zu kritisieren lieber das Gespräch sucht, die Gemeinderatsmitglieder die Sachdiskussion führen und die Zuschauer beim Punkt Bürgerfragen auch Fragen stellen und die Zwischenrufe unterlassen.

Eigentlich waren sich alle einig, dass man künftig die persönliche Kritik am anderen sein lassen will, „das gilt auch für den Bürgermeister, denn das schadet dem Klima im Gemeinderat", stellte Ernst Kranz (SPD) fest. Und Matthias Kehr (SPD) ergänzte, dass es doch möglich sein müsse, auch unterschiedliche Auffassungen sachlich zu besprechen.

„Ich bin zwar verwundert darüber, dass es im Gemeinderat in der vergangenen Sitzung plötzlich eine so große Wandlung in der Meinung vieler Ratsmitglieder zur B19-Verlegung gab, und ich bin auch weiter dagegen. Aber ich habe diesen Beschluss zu respektieren". Es ging dann noch lange Hin und Her, aber die Spannungen vor allem zwischen Gieß, großen Teilen des Rates und vor allem seinem Amtsvorgänger Kranz blieben weiter greifbar.

Die Bundesstraße 88 in Wutha-Farnroda: Mit Plakaten setzt sich die dortige Bürgerinitiative für den Bau einer Ortsumgehung ein. Foto: Sascha Willms

Und über allem schwebte natürlich der weiterhin schwelende Streit um die B19/B88. In der Bauausschusssitzung hatten die Mitglieder einstimmig eine ablehnende Stellungnahme der B19-Pläne durch die Gemeinde befürwortet.

■ Schutzgut Mensch im Mittelpunkt

Drei Tage später votierte dann aber im Gemeinderat die komplette CDU und Teile von SPD und Linke zur Überraschung vieler plötzlich für eine positive Stellungnahme, wenn unter anderem auch die Umfahrung der B88 mit in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werde.

Nicht nur viele Gegner der B19 im Rat selbst fragen sich seitdem, wie ein solcher Sinneswandel so rasch zustandekommen kann. Dies wollte Enrico Gruhl vom Bürgerverein Mosbach, der sich vehement gegen die B19-Verlegung einsetzt, wissen. Eine Antwort bekam er aber nicht. Ernst Kranz hatte schon vorher wissen lassen, dass es das Recht jeden einzelnen Ratsmitgliedes sei, auch seine Meinung zu ändern. „Dafür muss sich niemand rechtfertigen".

Dies, so hatte Kehr entgegnet, verlange auch niemand, aber man dürfe sich dann schon darüber wundern und nach einer Begründung dafür fragen. Gruhl wollte zudem von Ernst Kranz wissen, welche Auswirkungen er auf das Waldschwimmbad in Mosbach erwarte, wenn dort mit der B19-Verlegung dann 17 000 Fahrzeuge am Tag in nur 500 Meter Entfernung entlang geführt würden. Kranz antwortete, dass die Besucherzahlen wohl noch steigen würden, wenn es dann dort noch einen Abzweig nach Mosbach geben würde.

Doch auch die Befürworter des Vorhabens vor allem von der Bürgerinitiative aus Farnroda, die sich für eine Umfahrung des Ortes im Zuge B88 einsetzt und diese Umfahrung dann an die verlegte B19 anschließen will, meldeten sich zu Wort. Aber Anwohnerin Schrumpf bekam ebenso auf ihre Frage keine befriedigende Antwort. Sie wies daraufhin, dass doch der Mensch das höchste schützenswerte Gut sei. „Wie soll das Schutzgut Mensch geschützt werden, wenn der Verkehr weiter durch den Ort fließt"? Für ihn, so antwortete Bürgermeister Torsten Gieß, stehe auch der Mensch im Mittelpunkt, aber er sei gegen Lösungen, die „die Lebensqualität von einigen Bürgern verbessert, indem die Lebensqualität anderer verschlechtert wird".

Ernst Kranz wiederum bat darum, sich für die Debatte und die Suche nach gemeinsamen Lösungen Zeit zu nehmen. Und diese Zeit habe man doch auch. In den nächsten 20 bis 30 Jahren werde noch nicht gebaut.

Allerdings wird vorher wohl noch der Bürgerentscheid laufen, den der Bürgerverein Mosbach zur Rücknahme des Gemeinderats-Beschlusses angestoßen hat. Es könnte sein, dass die Bürger der Gemeinde im kommenden Jahr dann im Herbst nicht nur den neuen Landtag wählen, sondern am gleichen Sonntag auch zum Bürgerentscheid an die Urnen gebeten werden.